

Große Anfrage

der Abgeordneten Pfeifer, Daweke, Dr. Probst, Frau Dr. Wilms, Dr. George, Keller, Rossmannith, Frau Benedix-Engler, Frau Geiger, Nelle, Graf von Waldburg-Zeil, Frau Dr. Wisniewski, Austermann, Dr. Lammert, Lenzer, Frau Hürland, Gerstein, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Waffenschmidt, Dr. Jobst, Dr. Pohlmeier, Dr. Schwörer, Scharzt (Trier), Zierer, Kraus, Horstmeier, Müller (Wadern), Frau Dr. Hellwig, Kittelmann, Pohlmann, Dr. Möller, Ganz (St. Wendel), Kroll-Schlüter, Spilker, Sauter (Ichenhausen), Vogt, Müller (Wesseling), Dr. Bugl, Neuhaus, Frau Dr. Wex, Dr. Stavenhagen, Berger (Lahnstein), Dr. Olderog, Repnik, Rühle, Hinsken, Müller (Remscheid) und der Fraktion der CDU/CSU

Ausbildungsplatzsituation

Die Nachfrage von Schulabsolventen nach Berufsausbildungsplätzen der Wirtschaft, des Staates und zahlreicher freier Träger wird auch in den nächsten Jahren weiterhin groß bleiben. Das Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System der Berufsbildung in Betrieb und Berufsschule muß auf diese hohe Nachfrage flexibel reagieren. Die Bereitschaft der Betriebe der Wirtschaft, möglichst viele Ausbildungsplätze bereitzustellen und außergewöhnliche Anstrengungen zu unternehmen, ist weiterhin sehr groß, wie auch aus den jüngsten Initiativen und Appellen der Wirtschaftsverbände und anderer Träger von Berufsbildungseinrichtungen hervorgeht.

Für die Schulabsolventen der geburtenstarken Jahrgänge ist es in manchen Regionen schwierig geworden, ein ausreichendes Angebot wohnortnaher und geeigneter Ausbildungsplätze zu finden, die den Neigungen und Fähigkeiten weitgehend entsprechen. Ursache hierfür sind die angespannte Wirtschaftslage, die hohe Zahl der Konkurse und die kaum mehr finanziellen Spielraum ermöglichende Lage der öffentlichen Finanzen.

In einer großen gemeinsamen Anstrengung ist es Handwerk, Handel, Industrie, den Angehörigen der freien Berufe, den Selbstverwaltungseinrichtungen öffentlicher Körperschaften sowie anderen freien Trägern, die die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, bisher gelungen, einer von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl von Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen ein insgesamt ausreichendes Angebot von Ausbildungsplätzen in eigener Verantwortung und ohne staatliche Eingriffe bereitzustellen. Das

duale System der beruflichen Bildung in Schule und Betrieb hat in den letzten Jahren eine große Bewährungsprobe bestanden. Die Betriebe der Industrie, des Handwerks und der übrigen Selbständigen sowie die öffentlichen Verwaltungen müssen aber angesichts einer sich zuspitzenden Situation weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, damit alle Jugendlichen einen adäquaten Ausbildungsplatz bekommen können. Diese Forderung gilt auch uneingeschränkt für ländliche Gebiete sowie für die Problemgruppen in der Berufsbildung, wie behinderte, benachteiligte und ausländische Jugendliche, sowie solche, die einen Schulabschluß nachholen müssen. Auch Mädchen, die Ausbildungsplätze suchen, haben weiterhin mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat in der letzten Zeit mehrfach die Befürchtung geäußert, daß in diesem Jahr viele Jugendliche keinen oder nicht den gewünschten Ausbildungsplatz bekämen. Dabei hat er unter anderem unterstellt, daß die Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben nachlasse und sich deshalb die Zahl der Ausbildungsplätze dramatisch verringere. Dabei übersieht er allerdings, daß eine wesentliche Ursache für den Verlust von Ausbildungsplätzen in einzelnen Betrieben in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zu sehen ist, und daß deshalb die Politik der Bundesregierung nicht nur für die wachsende Zahl von Arbeitslosen, sondern auch für den Verlust von Ausbildungsplätzen im Bereich der beruflichen Bildung mitverantwortlich ist. Auch tragen noch immer ausbildungshemmende Vorschriften dazu bei, daß die vorhandene Ausbildungsbereitschaft vor allem in kleinen und mittleren Betrieben behindert oder entmutigt wird. Es ist eine Aufgabe der Berufsbildungspolitik, Ausbildungshemmnisse abzubauen und Anreize für weitere Ausbildungsinvestitionen zu schaffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wieviel Ausbildungsplätze werden voraussichtlich in diesem Jahr benötigt, um ein ausreichendes Angebot an die Jugendlichen sicherstellen zu können?
2. Worauf ist es zurückzuführen, daß frühere Prognosen über einen allmählich wieder zurückgehenden Bedarf an beruflichen Ausbildungsplätzen in den Jahren 1982 bis 1985 sich heute als unzutreffend herausstellen?
3. Werden im Jahr 1982 mehr Ausbildungsplätze als 1981 benötigt, und worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen?
4. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit in jüngster Zeit veröffentlichte Nachfragestatistiken nach Ausbildungsplätzen durch Mehrfachbewerbungen irregulär geworden sind, und trifft es zu, daß sich diese Mehrfachbewerbungen in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt haben?
5. Welche konkreten Angaben liegen der Bundesregierung über den – verglichen mit 1981 – von ihr befürchteten Rückgang der Ausbildungsplätze vor, und in welchen Berufen hat sich das Ausbildungsstellenangebot besonders stark verringert? Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den von ihr

befürchteten Rückgang der Ausbildungsplätze insgesamt und in den Berufen, in denen der Rückgang besonders stark ausgeprägt ist?

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU/CSU, daß der Verlust von Ausbildungsplätzen in einzelnen Betrieben vor allem auf die angespannte Wirtschafts- und Ertragslage sowie die wachsende Zahl von Betriebsstillegungen zurückzuführen ist? Wieviel Ausbildungsplätze sind seit dem 1. Januar 1981 in ganz oder teilweise stillgelegten Betrieben verloren gegangen?
7. Welche konkreten Maßnahmen bereitet die Bundesregierung entsprechend den in den vergangenen Wochen vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mehrfach angekündigten Maßnahmen derzeit vor und wird sie gegebenenfalls ergreifen, falls sich bis Ende dieses Jahres eine Verschärfung der Ausbildungsplatzsituation abzeichnen sollte?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, daß die Bereitstellung von kürzeren, praxisbezogenen Ausbildungsgängen kurz- und langfristig zu einer Entlastung führen könnte, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Ausbildungsordnungen zu erlassen?
9. Wieviel Ausbildungsplätze sind konkret durch das Modellversuchsprogramm des Bundesinstituts für Berufsbildung geschaffen worden?
10. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß den Jugendlichen, die Ausbildungsplätze suchen, am besten dadurch geholfen wird, daß folgende Forderungen verwirklicht werden:
 - Wiederherstellung der Verlässlichkeit auf eine verstetigte, marktwirtschaftsorientierte und Vertrauenbildende Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung,
 - Anerkennung der Steigerung der Ausbildungsleistungen der Wirtschaft in den letzten Jahren und Ermutigung der Wirtschaft, ihre Ausbildungsanstrengungen in den nächsten Jahren noch einmal erheblich zu verstärken und zeitlich begrenzt auch über den eigenen Bedarf Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen,
 - Bestandsaufnahme und Beseitigung von ausbildungshemmenden Vorschriften, etwa im Bereich des Jugendarbeitschutzgesetzes und der Ausbildereignungsverordnung,
 - Überprüfung der konkreten Einzelvorschläge der CDU/CSU zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation, wie sie im Antrag „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreitung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“, Drucksache 8/439, und in der entsprechenden Beschlußempfehlung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 27. April 1978, Drucksache 8/1758, enthalten sind?

11. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß wehrpflichtige Jugendliche, die arbeitslos sind, mit Hilfe der Arbeitsämter umgehend zum Grundwehrdienst herangezogen werden, damit ihre mögliche spätere Ausbildung nicht behindert wird?
12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher eingeleitet, um dafür Sorge zu tragen, daß die öffentlichen Arbeitgeber im Bereich des Bundes trotz der schwierigen Haushalts-situation in ihren Anstrengungen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nicht nachlassen und insbesondere in Ausbildungsberufen, die auch in der Wirtschaft verwendbar sind, stärker über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden?
13. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um bei den Wirtschaftsunternehmen mit Bundesbeteiligung für eine Beibehaltung und wenn möglich Ausweitung der in der Vergangenheit geleisteten Ausbildungsaktivitäten dieser Unternehmen trotz konjunktureller und betriebswirtschaftlich struktureller Schwierigkeiten zu werben?

Bonn, den 2. Juni 1982

Pfeifer
Daweke
Dr. Probst
Frau Dr. Wilms
Dr. George
Keller
Rossmannith
Frau Benedix-Engler
Frau Geiger
Nelle
Graf von Waldburg-Zeil
Frau Dr. Wisniewski
Austermann
Dr. Lammert
Lenzer
Frau Hürland
Gerstein
Dr. Laufs
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Dr. Waffenschmidt
Dr. Jobst
Dr. Pohlmeier
Dr. Schwörer
Schartz (Trier)

Zierer
Kraus
Horstmeier
Müller (Wadern)
Frau Dr. Hellwig
Kittelmann
Pohlmann
Dr. Möller
Ganz (St. Wendel)
Kroll-Schlüter
Spilker
Sauter (Ichenhausen)
Vogt
Müller (Wesseling)
Dr. Bugl
Neuhaus
Frau Dr. Wex
Dr. Stavenhagen
Berger (Lahnstein)
Dr. Olderog
Repnik
Rühe
Hinsken
Müller (Remscheid)
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion